



61/2006

Kiel, 2. Mai 2006

Vorschau auf die Landtagssitzung: Start mit einer Fragestunde

Kiel (SHL) – Am kommenden Mittwoch um 10:00 Uhr beginnt der Landtag mit seiner nächsten Plenartagung. Bis Freitag Mittag wird die Tagesordnung abgearbeitet, die mit einer Fragestunde beginnt.

Gegenstand der Fragestunde ist folgende Frage des Abgeordneten Dr. Heiner Garg (FDP) an die Landesregierung: „Teilt die Landesregierung die Auffassung des Landeswirtschaftsministers, dass (Zitat) *„höhere Steuern der einfachste, aber auch der schlechteste Weg sind, um die öffentlichen Kassen zu sanieren?“*“

Nächstes Thema ist die **Situation und Entwicklung der Printmedien in Schleswig-Holstein**. Hierzu liegt ein Bericht der Landesregierung vor (Dr. 16/713), der Stellungnahmen von den mit Printmedien befassten Verbänden und Institutionen enthält (z. B. Deutscher Journalistenverband, Industrie- und Handelskammer, Gewerkschaft ver.di, Verband der Zeitungsverlage Norddeutschland e.V.). Die Landesregierung verweist darauf, dass „die Anzahl publizistischer Einheiten, d. h. der Zeitungen mit eigener Kernredaktion und einheitlichem Mantel, in Schleswig-Holstein in den vergangenen Jahren als stabil erwiesen hat.“

Danach geht es in Erster Lesung um ein **Gesetz über die Einrichtung von Partnerschaften zur Attraktivierung von City-, Dienstleistungs- und Tourismusbereichen (PACT-Gesetz)**. Der Gesetzentwurf aus dem Innenministerium soll Grundeigentümern und Erbbauberechtigten ermöglichen, die Initiative für Marketing, Standortverschönerungen und Strukturverbesserungen zu ergreifen. Bezahlt werden sollen solche PACT-Initiativen von den Initiatoren selbst. Freiberufler und interessierte Dritte können sich freiwillig daran beteiligen.

Ebenfalls in Erster Lesung wird über einen weiteren Gesetzentwurf der Landesregierung beraten: es geht um das **Informationsfreiheitsgesetz für Schleswig-Holstein** (Drs. 16/722). Damit soll EU-Recht in Landesrecht umgesetzt werden. Dem existierenden Informationsfreiheitsgesetz fehlt das Recht auf Information über Umweltbelastungen. Dieses Manko will die Landesregierung mit einer kompletten Neufassung des Gesetzes beseitigen. Eine weitere Neuregelung betrifft die Informationspflicht privater Unternehmen, die öffentliche Aufgaben wahrnehmen. Damit folgt die Gesetzesvorlage einer Forderung des SSW. Die Partei der dänischen Minderheit hatte dabei auf zunehmende Privatisierung von Staatsaufgaben verwiesen. Um einen **Sonderbericht des Landesrechnungshofes zu Ausgliederungen aus dem Landeshaushalt und Zahlungsverpflichtungen des Landes** geht es beim nächsten Punkt der Tagesordnung. Grundlage der Debatte sind ein Antrag der FDP (Drs. 16/647) und ein Antrag der Regierungsfractionen CDU und SPD (Drs. 16/687). Letzterer ist eine verkürzte Fassung des Oppositionsantrages. Gestrichen wurden darin zum Beispiel die Frage danach, ob die Landesregierung im Hinblick auf Ausgliederungen und Zahlungsverpflichtungen im Haushaltsplan 2006 die Grundsätze der Haushaltsklarheit und -wahrheit verletzt habe.

Am Nachmittag geht es im Landtag auf Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN um **Konfliktprävention und Bildungschancen an den Schulen** (Drs. 16/728). Darin bitten die Antragsteller die Landesregierung um einen mündlichen Bericht über das Ausmaß von Gewalttätigkeiten an Schleswig-Holsteins Schulen. Zudem spricht sich die Oppositionspartei für eine bessere Gewaltprävention durch eine stärkere Zusammenarbeit von Schule, Jugendhilfe und Sozialarbeitern aus. Die Integration von Migrantenkindern soll zudem durch eine intensivere Sprachschulung verbessert werden.

Auch zum Thema **Einbürgerungen** soll die Regierung dem Parlament mündlich berichten (Drs. 16/730). BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen von der Regierung wissen, welche Position sie in diesem Zusammenhang bei der Innenministerkonferenz am 4./5. Mai 2006 in Garmisch-Partenkirchen vertreten wird.

Ein schriftlicher Bericht der Landesregierung zur **Migrationsforschung** (Drs. 16/719) steht als nächstes zur Beratung an. Anschließend geht es ebenfalls auf Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN um **Verwaltungsmodernisierung und Entbürokratisierung** (Drs. 16/720). Dabei geht es um die Beachtung des Gender-Mainstreaming-Grundsatzes beim Bürokratieabbau.

Ein weiterer schulpolitischer Antrag der GRÜNEN wird danach debattiert: Es geht um die **Aufhebung der Pflicht zur äußeren Differenzierung in der neuen Vereinbarung der Kultusministerkonferenz (KMK) zum Sekundarbereich I** (Drs. 16/708). Der Antrag bezieht sich auf die bisher geltende Pflicht zur Leistungsdifferenzierung bei Gesamtschulen. Die Oppositionspartei fordert einen Vorstoß der Landesregierung bei der KMK, diese Differenzierungspflicht aufzuheben.

Letztes Thema am Mittwoch ist die **Verbesserung der Schwimmbildung am schleswig-holsteinischen Schulen** (Drs. 16/725). Hierzu soll die Landesregierung auf Antrag der FDP ein Konzept vorlegen und eine Bestandsaufnahme vornehmen.

Am **Donnerstag, 4. Mai**, geht es zunächst auf Antrag der Regierungsfractionen um die **thermische Verwertung von Getreide** (Drs. 16/732). Die Landesregierung soll sich demnach im Bundesrat dafür einsetzen, Getreide als Regelbrennstoff in die 1. Bundesimmissionsschutzverordnung einzusetzen.

Danach geht es auf Antrag der GRÜNEN um die **Abfallbehandlungskapazitäten in Schleswig-Holstein und Hamburg** (Drs. 16/729). Darin fordern sie von der Landesregierung einen Bericht über die Restmüllbehandlung und Kapazitäten bei der Müllentsorgung in Schleswig-Holstein und Hamburg. Die Oppositionspartei verlangt ein mit der Hansestadt abgestimmtes Abfallbehandlungskonzept. Angesichts der aktuell geplanten Erweiterungen sowie des Neubaus von Müllverbrennungsanlagen (MVA) in Kiel, Neustadt, Stellingener Moor befürchten die Antragsteller Überkapazitäten und sehen deshalb die Gefahr von Mülltourismus im Norden.

In Erster Lesung wird anschließend das **Gesetz über die oder den Landesbeauftragten für Naturschutz** (Drs. 16/709) beraten. Die Vorlage dazu haben BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eingereicht. Danach wird das Amt beim Präsidenten des Schleswig-Holsteinischen Landtages eingerichtet. Der Naturschutzbeauftragte des Landes Schleswig-Holstein soll sich um die Belange des Landschaftsschutzes, des Artenschutzes, des Biotopschutzes und des Naturschutzes kümmern. Darüber hinaus schreibt die Oppositionspartei dem Naturschutzbeauftragten weitere Aufgaben zu. So soll er sich unter anderem an Rechtssetzungsverfahren beteiligen können, zu politischen Konzepten Stellung beziehen und eine eigenständige Presse- und Öffentlichkeitsarbeit verfolgen.

Die **Ausbildung in der maritimen Wirtschaft** ist das nächste Thema der Tagung: Auf Antrag der Regierungsfractionen (Drs. 16/731) soll die Landesregierung über die Ausbildungsmöglichkeiten in der maritimen Wirtschaft berichten. CDU und SPD fordern unter anderem über das „Bündnis für Ausbildung und Beschäftigung in der Seeschifffahrt“ den Erhalt der seemännischen Ausbildungseinrichtungen auf dem Priwall in Lübeck-Travemünde sowie die Fortsetzung der Schiffsoffiziersausbildung an der Fachhochschule Flensburg und an der Flensburger Fachschule für Seefahrt. Gleichzeitig mahnen Union und Sozialdemokraten bei der Ingenieurausbildung eine bessere Kooperation zwischen Universitäten und Fachhochschulen an. CDU und SPD befürchten in jungen maritimen Wirtschaftszweigen für die Zukunft einen Mangel an qualifizierten Arbeitskräften. In Schleswig-Holstein setzt die maritime Wirtschaft insgesamt jährlich 5,5 Milliarden Euro um. Die 1.500 Unternehmen dieses Wirtschaftsbereiches beschäftigen rund 47.000 Mitarbeiter – mit steigender Tendenz.

Keine Anrechnung des Beitrages für die Kosten der Erziehung auf das Einkommen von Pflegepersonen nach § 11 SGB II – so lautet die Überschrift des

Antrages, der anschließend beraten wird. Auf Antrag der Regierungsfractionen (Drs. 16/734) soll sich die Landesregierung im Bundesrat für eine Änderung im Sozialgesetzbuch einsetzen: Die CDU und SPD wollen sicher stellen, dass das Pflegegeld für Kinder von Hartz-IV-Empfängern grundsätzlich nicht auf den Unterhalt der Familien angerechnet wird. Zurzeit müssen Mütter und Väter, deren Kind ein Pflegefall ist, noch die Erziehungskosten verrechnen lassen. Dieses Detail möchten die Union und die SPD im Zuge der Optimierung der gesetzlichen Regelungen zum Sozialgesetzbuch II geändert sehen.

Nächstes Thema ist die **Außenwirtschaft in Schleswig-Holstein**. Hierzu hat die Landesregierung auf Antrag der FDP einen Bericht vorgelegt (Drs. 16/639). Demnach hat sich das Außenhandelsvolumen des Landes stetig aufwärts entwickelt. Dabei nehmen die hoch industrialisierten Länder Europas mehr Exporte aus Schleswig-Holstein auf als große überseeische Märkte: Die Niederlande liegen vor den USA, die Schweiz vor Russland und Österreich vor der VR China. Bei Importen aus China wird ein sehr hoher Wert erzielt, der laut Regierungsbericht auf die vermittelnde Rolle Schleswig-Holsteins im Handel mit China hinweist. Verwiesen wird auch auf die im November vergangenen Jahres gestartete Außenwirtschaftsoffensive des Ministers für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr des Landes. Damit soll nicht zuletzt die Exportorientierung des Mittelstandes gefördert werden.

Am **Nachmittag** wird zunächst über einen Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN diskutiert, worin **Priorität für Erdkabel beim Ausbau der Stromnetze in Schleswig-Holstein** gefordert wird (Drs. 16/710). Begründung: Erdkabel schonen die Landschaft und sind umweltverträglicher. In Schleswig-Holstein soll das Stromnetz unter anderem zwischen Breklum und Flensburg, Heide und Pöschendorf und Göhl-Lübeck ausgebaut werden. Die Kreistage in Nordfriesland, Dithmarschen und Ostholstein haben sich ebenfalls für Erdkabelleitungen ausgesprochen.

Nächstes Thema der Tagung ist die **Neuordnung der Lehrerbildung**. Hierzu hatten BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie CDU und SPD Anträge vorgelegt, mit denen der Bildungsausschuss sich befasst hat. Er empfiehlt nun dem Plenum, den Antrag der Regierungskoalition anzunehmen (Drs. 16/668).

Danach geht es um **Programme für Bildung und Jugend der Europäischen Union**. Die Landesregierung berichtet (Drs. 16/712) über die Bildungs- und Jugendpolitik sowie die Fördermöglichkeiten durch die Europäische Union. Demnach will Brüssel für das Programm „JUGEND in Aktion“ – Nachfolger von JUGEND – von 2007 bis 2013 915 Millionen Euro ausgeben. Geplant ist die Förderung von Kooperationen in der Jugendpolitik sowie Förderung des Austausches und die Angebotserweiterung von Bildungs- und Informationsmaßnahmen für Fachkräfte. Zielgruppe sind Personen im Alter zwischen 13 und 30 Jahren. Die Gelder werden laut Bericht der Landesregierung von der Deutschen Agentur für das EU-Aktionsprogramm bewilligt. Die Länder werden über geförderte Projekte unterrichtet. Neu ist das EU-Aktionsprogramm lebenslanges Lernen. Es richtet sich u. a. an Schüler, Studenten, Lehrer und Ausbilder, aber auch an gemeinnützige Organisationen sowie an Beratungsstellen.

len und ehrenamtliche Einrichtungen. Hierfür hat die EU 13,62 Milliarden Euro veranschlagt. Offen ist zur Zeit die Ausstattung des Europäischen Sozialfonds (ESF), mit dessen Unterstützung das Land beispielsweise auf Beschäftigungsmaßnahmen für Jugendliche ergreifen kann. Von 2000 bis 2006 erhielt das Land rund 170 Millionen Euro aus diesem Topf, für die nächste Haushaltsperiode von 2007 bis 2013 rechnet die Landesregierung mit einer Halbierung der Mittel.

Letztes Thema am Donnerstag ist die **EU-Verfassung**. Auf Antrag aller Fraktionen und des SSW berichtet die Landesregierung über den aktuellen Stand der Zustimmung bzw. Ablehnung zur EU-Verfassung in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union (Drs. 16/716).

Am **Freitag, 5. Mai 2006**, beginnt das Landesparlament seine Beratungen mit dem Thema **Ärztliche Versorgung im ländlichen Raum**. Hierzu liegt ein Regierungsbericht vor (Drs. 16/718). Demnach gibt es derzeit weder im fachärztlichen noch im hausärztlichen Bereich eine Unterversorgung im Lande. Aufgrund von Praxisschließungen aus Altersgründen könnte es aber regional zu Unterversorgung kommen, denn insgesamt 388 Hausärzte sind über 60 Jahre alt. Die Landesregierung unterstreicht zudem die Bedeutung der ärztlichen Ausbildung und möchte daher an einer der medizinischen Hochschulen einen Lehrstuhl für Allgemeinmedizin dauerhaft eingerichtet sehen.

Anschließend wird über den **Tätigkeitsbericht 2006 des Unabhängigen Landes-zentrums für den Datenschutz** (16/550) beraten.

Auf Antrag der Regierungsparteien legt die Landesregierung dann einen Bericht zum Thema **Wohnen im Alter** vor (Drs. 16/714). Demnach wird der Anteil der über 60-Jährigen in der Bevölkerung des Landes bis zum Jahr 2020 auf 30 Prozent anwachsen. Das ist eine fünfprozentige Steigerung. Damit würden in Schleswig-Holstein rund 853.000 Menschen leben, die 60 Jahre und älter sind. Die Landesregierung rechnet vor diesem Hintergrund mit einer größeren Wohnungsnachfrage durch einen gleichzeitigen Anstieg der Ein- bis Zwei-Personenhaushalte. Den bevorzugten Wohnstandort für Senioren sieht der Bericht in den Städten. Reagiert werden soll darauf durch vorsorgende Stadtentwicklungsstrategien und Anpassung der (Miet-)Wohnungsbestände. Barrierefreies Wohnen, Service für Ältere und altersgerechte Ausstattungen sollen von der Ausnahme zur Regel werden.

Letztes Thema der Tagung ist die **Aids-Prävention**. Die Landesregierung hat dazu einen Bericht vorgelegt (Drs. 16/715). Demnach sind in Schleswig-Holstein zur Zeit 1.200 Menschen mit HIV infiziert, bundesweit liegt die Zahl bei 49.000 Personen. 2003 lag die Zahl der Neuinfizierten in Schleswig-Holstein bei 27 Personen, 2004 bei 38 und 2005 gar bei 56. In Deutschland ist die Zahl von 2000 Neuinfizierten pro

Jahr auf 2500 angestiegen. In Schleswig-Holstein gibt es zur Zeit drei HIV-Ambulanzen. Standorte sind die Universitätskliniken Kiel und Lübeck sowie das Westküsten-Klinikum in Heide.

Weitere Informationen liefert die Landtagspressestelle im Internet unter www.sh-landtag.de bei *plenum online*.

Kiel TV / Offener Kanal überträgt die Plenartagung live im Fernsehen.

Reihenfolge der Beratung der 12. Tagung

Hinweis: Soweit einzelne Tagesordnungspunkte durch Fettung hervorgehoben sind, ist der **Beginn der Beratung zeitlich festgelegt**.

TOP		angemeldete Redezeit	Voraussichtl. Beginn der Beratung
Mittwoch, 3. Mai 2006			
35	Fragestunde	30	10:00
25	Situation und Entwicklung der Printmedien	60	10:30
3	Gesetz über die Einrichtung von Partnerschaften zur Attraktivierung von City-, Dienstleistungs- und Tourismusbereichen (PACT-Gesetz)	30	11:30
4	Informationsfreiheitsgesetz	30	12:00
6	Sonderbericht des Landesrechnungshofes zu Ausgliederungen aus dem Landeshaushalt und Zahlungsverpflichtungen des Landes	30	12:30
14	Konfliktprävention und Bildungschancen an Schulen	30	15:00
16	Einbürgerungen	30	15:30
31	Migrationsforschung	30	16:00
32	Verwaltungsmodernisierung und Entbürokratisierung	30	16:30
8	Aufhebung der Pflicht zur äußeren Differenzierung in der neuen Vereinbarung der Kultusministerkonferenz (KMK) zum Sekundarbereich I	30	17:00
11	Verbesserung der Schwimmausbildung an schleswig-holsteinischen Schulen	30	17:30
Donnerstag, 4. Mai 2006			
18	Thermische Verwertung von Getreide	30	10:00
15	Abfallbehandlungskapazitäten in Schleswig-Holstein und Hamburg	30	10:30
2	Gesetz über die oder den Landesbeauftragten für Naturschutz	30	11:00
17	Ausbildung in der maritimen Wirtschaft	30	11:30

TOP		angemelde- te Redezeit	Voraus- sichtl. Be- ginn der Beratung
19	Keine Anrechnung des Beitrages für die Kosten der Erziehung auf das Einkommen von Pflegepersonen nach § 11 SGB II	30	12:00
22	Außenwirtschaft in Schleswig-Holstein	30	12:30
9	Priorität für Erdkabel beim Ausbau der Stromnetze	35	15:00
20	Neuordnung der Lehrerbildung	35	15:35
24	Programme für Bildung und Jugend der europäischen Union	30	16:10
28	EU-Verfassung	30	16:40
	Aufruf der Tagesordnungspunkte, zu denen eine Aussprache nicht vorgesehen ist.		17:10
Freitag, 5. Mai 2006			
30	Entwicklung der ärztlichen Versorgung im ländlichen Raum	30	10:00
34	Tätigkeitsbericht 2006 des Unabhängigen Landesentrums für den Datenschutz	60	10:30
29	Protonentherapiezentrum in Schleswig-Holstein	35	11:30
26	Wohnen im Alter	30	12:05
27	AIDS Prävention hat Vorrang	30	12:35

Zu den folgenden Tagesordnungspunkten sind eine Aussprache sowie feste Zeiten des Aufrufs nicht vorgesehen.

TOP		Bericht- erstattung
5	Wahl der Präsidentin oder des Präsidenten des Finanzgerichtes	5
7	Bürokratiekosten messen und begrenzen	-
10	Bericht über die kommunalen Finanzen	-
12	Frühförderung in Schleswig-Holstein	-
13	Krankenhausfinanzierung in Schleswig-Holstein	-
21	Weiterentwicklung der palliativmedizinischen Versorgung, Ausbildung und Forschung	5
33	Verfassungsschutzbericht 2005	-

Es ist beabsichtigt, den folgenden Punkt von der Tagesordnung abzusetzen:

23	Maßnahmen zur Integration von Menschen mit Behinderungen in den öffentlichen Dienst - Die Beratung wird für die 13. Tagung vorgesehen -
----	--